

Kurzmeldungen



UK: Geld zurück?

Die neue britische Regierung überlegt, ob sie Geld von Ruanda zurück bekommen kann, nachdem der Ruanda-Deal „begraben“ worden ist. Bereits Ende 2023 waren £ 220 Millionen an einen Entwicklungsfonds der ruandischen Regierung überwiesen worden. Weitere Mittel wären erst geflossen, wenn Flüchtlinge in das ostafrikanische Land abgeschoben worden wären. Die ruandische Regierung betonte, dass sie alle in dem Übereinkom-

men vereinbarte Verpflichtungen erfüllt habe. „Diese Partnerschaft wurde von der Regierung des UK angestrebt, um die Krise der irregulären Migration zu begegnen – ein Problem des Vereinigten Königreichs, nicht Ruandas.“

Deutschland: Resettlement

154 Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern kamen letzte Woche im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR in der deutschen Stadt Erfurt an. Die Gruppe,

zu der 75 Kinder gehörten, kam am 26. Juni mit einem Direktflug aus der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Alle waren schon vor Reiseantritt von UNHCR als Flüchtlinge anerkannt worden und hatten eine Einreiseerlaubnis nach Deutschland erhalten. Die Flüchtlinge stammten aus dem Südsudan, Somalia, der Demokratischen Republik Kongo, Burundi und dem Sudan – Ländern, in denen die Menschenrechte aufgrund von Krieg und Konflikten gefährdet sind. Insgesamt werden

rund 240 Flüchtlinge im Rahmen des Resettlement in Deutschland neu angesiedelt. Die Mehrheit der über UNHCR neu angesiedelten Flüchtlinge werden von den USA und Kanada aufgenommen. Die EU beherbergt laut Innenkommissarin Ylva Johansson, rund 20 % der weltweiten Flüchtlingsbevölkerung. Angesichts der Tatsache, dass weltweit mehr als 114 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben wurden, hat das UNHCR die Länder wiederholt aufgefordert, mehr zu tun, um Neuansiedlungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen

Afghanistan: Menschenrechte unter Beschuss

Der kürzlich veröffentlichte UNAMA-Bericht zeichnet ein düsteres Bild – vor allem für afghanische Frauen. Kurz nach der Machtübernahme lösten die Taliban das Frauenministerium auf und errichteten an seiner Stelle das „Ministerium für die Förderung der Tugend und die Verhinderung des Lasters“, das unterschiedliche Maßnahmen per Verordnung durchsetzt. So dürfen Frauen nur noch in Begleitung eines männlichen Verwandten (*Mahram*) reisen. Unter der Herrschaft der Taliban dürfen Mädchen in Afghanistan nur bis zur sechsten Klasse zur Schule gehen. Diese Regelung trat kurz nach der Machtübernahme der Taliban im August 2021 in Kraft und wurde im Dezember 2022 auch auf Universitäten ausgeweitet.

In ihren Arbeitsmöglichkeiten sind afghanische Frauen stark ein-

geschränkt, die Taliban haben sie aus so gut wie allen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens ausgeschlossen. Auch reine Frauendomänen wie etwa Kosmetiksalons sind den strengen Vorschriften zum Opfer gefallen, was viele Einzel- und Kleinstunternehmerinnen ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt und sie mitsamt ihren Familien in Not gebracht hat.

Der Zugang zu öffentlichen Orten wie Parks, Fitnessstudios und öffentliche Bäder ist für Frauen verboten. Diese Einschränkungen beschneiden das Recht auf öffentliche Teilhabe deutlich und schaden der psychischen sowie der körperlichen Gesundheit.

Selbstbestimmte Sexualität und Familienplanung wird durch mangelnde Aufklärung und eingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln verhindert.

Feste wie das persische Neujahr (Nowruz) oder der Valentinstag sind unislamisch und dementsprechend verboten. Die Taliban haben ein Klima der Angst geschaffen, indem sie ihre restriktiven Regeln mit brutalen Maßnahmen durchsetzen. UNAMA berichtet von mindestens 1.033 Fällen gewaltsamer Durchsetzung der Regelungen im Zeitraum August 2021 bis März 2024.

Studie: Migrant:innen kosten EU-Staaten weniger als eigene Bevölkerung

Eine Studie der Universität Leiden zeigt, dass Migrant:innen den europäischen Regierungen weniger Kosten verursachen als ihre eigenen Bürger:innen und einen positiven

Beitrag zu den öffentlichen Finanzen leisten. Die Analyse verwendete Daten aus 15 europäischen Ländern und berücksichtigt Leistungen wie Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit. Die drei Forscher betonen, dass der populistische Mythos, dass Migrant:innen eine Belastung für die Staatsfinanzen darstellen, hier widerlegt wurde. So integrieren sich Migrant:innen selbst besser, ihr Bildungsniveau steigt, sie verdienen mehr und zahlen daher mehr Steuern. Angesichts der Überalterung der heimischen Bevölkerung wird die Rolle der Migrant:innen immer wichtiger, so die Forscher.

Italien: Erfolgreiches Projekt für geflüchtete Frauen

Feministische Studien zeigen, dass das Geschlecht die Migrationserfahrungen beeinflusst, sowohl was die Routen als auch genderspezifische Schwierigkeiten betrifft. Dies sind sexuelle Gewalterfahrungen, Menschenhandel und strukturelle Diskriminierungen, die flüchtende Frauen besonders treffen. Viele der Frauen, die in Palermo Zuflucht finden, können bereits seit 2015 Unterstützung bei der selbstverwalteten Organisation *CISS (Cooperazione internazionale Sud Sud)* erfahren: Diese fokussiert auf Gewaltfälle, wo Männer ihre Partnerinnen, oft noch im Mädchenalter, zu Prostitution zwingen, somit auf Fälle von innerfamiliärer Gewalt.

Die NGO bietet ein Aufnahmezentrum für weibliche Opfer in Palermo, in dem die Frauen aber nicht nur Soforthilfe, sondern auch längerfristige Strategien zum Zugang

für Gesundheit, Bildung und psychosoziale Hilfe bekommen. Viele der Frauen stammen aus dem Benin und aus Nigeria. Aufgrund von sprachlichen und kulturellen Barrieren sind niederschwellige Organisationen wie *CISS* von besonderer Bedeutung, denn „die Frauen brauchen nicht nur Übersetzer:innen, sondern auch kulturelle Mediator:innen“, so die Gründerin Osa, die selbst aus dem Benin stammt.



Frankreich: Von Uganda nach Paris, um zu kochen

Das französische Catering-Unternehmen *Bande de Cheffes* beschäftigt Frauen, die aus ihren Heimatländern vertrieben wurden – sie kochen in Paris Essen aus der ganzen Welt. Ziel ist es, die Talente der Flüchtlinge optimal zu nutzen und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. „Ich habe *Bande de Cheffes* bewusst als Unternehmen und nicht als gemeinnützige Organisation gegründet, weil ich einen konkreten sozialen Einfluss auf das Leben einiger geflüchteter Frauen haben wollte“, erzählt Charlotte Leluc, die das Sozialunternehmen im September 2021 gegründet hat.

Gift, eine 28 jährige Frau aus Uganda, brachte aus ihrer Heimat ein Zertifikat in Hotelmanagement und Gastronomie mit. Vor kurzem veranstaltete sie ihren ersten kulinarischen Workshop, wo sie mit einem Dutzend Französisinnen daran arbeitete, ein jeweils persönliches Kuchenrezept zuzubereiten.

Sie hofft auch, bald wieder mit ihren beiden Kindern vereint zu sein, die bei ihrer Mutter in ihrer Heimatstadt Iganga blieben. Sie musste fliehen, um ihr Leben zu retten. Jetzt bleibt die Hoffnung auf eine Zukunft in Frankreich.

Balkanroute: Italienische Schüler:innen entwickeln Handy-Ladestation

Schüler:innen in Verona entwickelten in Zusammenarbeit mit der NGO *One Bridge to Idomeni* eine Handy-Ladestation namens *BeeHive*, um Geflüchtete bei der Überquerung des Balkans auf dem Weg in die EU zu unterstützen. Die Ladestation ist wasserfest, transportierbar und kann bis zu 24 Handys pro Tag aufladen. Derzeit gibt es fünf ältere Modelle in Serbien, eines der neuen, leichteren Modelle in Bosnien und zwei in Triest. Künftig ist die Installation weiterer Stationen in Griechenland, Frankreich und anderen Orten Italiens vorgesehen. Des Weiteren soll ein WiFi-Hotspot implementiert werden, um den Geflüchteten auch an abgelegenen Orten die Möglichkeit zu bie-

ten, sich mit dem Internet zu verbinden.

Deutschland: Beschäftigung von Geflüchteten acht Jahre nach Ankunft bei 68 Prozent

Eine neue Studie des *Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)* zeigt: Je länger Asylwerber:innen in Deutschland bleiben, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie eine Beschäftigung finden. Bei Geflüchteten, die zwischen 2013 und 2019 nach Deutschland kamen, liegt die Beschäftigungsquote acht Jahre nach ihrer Ankunft bei 68 Prozent. Zudem zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Unterbringung und der Arbeitsmarktintegration. Für Geflüchtete, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, ist die Wahrscheinlichkeit, erwerbstätig zu sein, um vier Prozentpunkte geringer als bei einer Unterbringung in Privatwohnungen. Würden die Asylverfahren beschleunigt und die Fristen für Beschäftigungsverbote verkürzt, so stiege diese Quote noch einmal an – so Herbert Brücker, Forschungsleiter des *IAB*.